



# LISCHKAS BERLINER DEPESCHE

SPD

[www.burkhard-lischka.de](http://www.burkhard-lischka.de)

26. Oktober 2018, X/2018

*Liebe Leserin,  
lieber Leser,*

die Ereignisse der vergangenen Wochen in Chemnitz und Köthen haben einmal mehr gezeigt, dass Demokratie und unsere freie Gesellschaft keineswegs selbstverständlich sind, sondern dass wir für unsere Grundwerte immer wieder aufs Neue eintreten müssen. Und deutlich machen, dass nationalistische und fremdenfeindliche Ideologien bei uns keinen Platz haben. Ein solches starkes Signal ging von der unteilbar-Demonstration am 13. Oktober in Berlin aus. Dort sind mehr als 240.000 Menschen friedlich auf die Straßen gegangen, um zu zeigen, dass sich unsere Gesellschaft nicht spalten lässt. Toleranz gegenüber der Herkunft, der Vielfalt von Religionen und Lebensstilen sind für uns eine Bereicherung und keine Bedrohung. Mit fast einer Viertelmillion Menschen waren fünfmal so viel Teilnehmer wie erwartet auf Berlins Straßen und Plätzen. Menschenrechte sind unteilbar, dafür stehen wir in Deutschland ein. Diese wichtige Botschaft ging am 13. Oktober von der Bundeshauptstadt hinaus in die Welt.

*Ihr  
Burkhard Lischka*

**Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 – 71 909 / 71 908  
Fax: 030 227 – 76 908  
[burkhard.lischka@bundestag.de](mailto:burkhard.lischka@bundestag.de)  
Mitarbeiter/in: Hendrik Kranert-Rydz, Ines Jurat, Stephanie Preuß

**Wahlkreisbüro Magdeburg**  
Bürgerstraße 1  
39104 Magdeburg  
Telefon: 0391 - 50 96 54 75  
Fax: 0391 - 50 96 54 76  
[burkhard.lischka.wk@bundestag.de](mailto:burkhard.lischka.wk@bundestag.de)  
Mitarbeiter: Dennis Hippler, Seluan Al-Chakmakchi, Tino Gaßler

V.i.S.d.P. Burkhard Lischka

## SPD sorgt für Verbesserungen im Alltag der Menschen



### Gesetzlich Versicherte entlasten!

- ✓ Geringerer Kassenbeitrag für Beschäftigte und Rentner/innen
- ✓ Halbierung des Mindestbeitrags für Kleinselbstständige
- ✓ Verbesserungen für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit



Model Foto: colourbox.de

Im Oktober hat der Bundestag mehrere sozialpolitische Vorhaben der SPD, die wir in den Koalitionsverhandlungen zu Jahresbeginn durchsetzen konnten, beraten und beschlossen. Damit entlasten wir gesetzlich Krankenversicherte, verbessern vor allem für Frauen die Rückkehr von Teilzeit- in Vollzeitarbeit und stärken jungen Familien den Rücken. Ein Überblick:

### Entlastung bei der Krankenversicherung

Gemeinsam mit den Gewerkschaften haben wir Sozialdemokraten viele Jahre dafür gekämpft, im Oktober hat nun der Bundestag unsere Forderung beschlossen: Ab Januar 2019 werden gesetzlich Krankenversicherte weniger Beiträge zahlen müssen. Denn die bis dahin allein von den Versicherten zu leistenden Zusatzbeiträge werden ab dem kommenden Jahr zur Hälfte von den Arbeitgebern getragen. Auch Rentner werden davon profitieren, da die Deutsche Rentenversicherung die Hälfte ihres Zusatzbeitrages übernehmen wird. Außerdem werden Kleinselbstständige deutlich entlastet. Deren Mindestbeiträge zur freiwilligen

gesetzlichen Versicherung sind bisher zu hoch, sie werden ab Januar von rund 340 Euro auf rund 160 Euro mehr als halbiert. Während des Bezuges von Krankengeld oder Mutterschaftsgeld fallen künftig keine Mindestbeiträge mehr an, wenn in dieser Zeit keine Einnahmen aus der Beschäftigung erzielt werden.

### Vollzeit, Teilzeit und zurück in die Vollzeit

Außerdem hat der Bundestag im Oktober beschlossen, die Brückenteilzeit für Arbeitnehmer einzuführen. Mit dieser ganz wichtigen SPD-Forderung schaffen wir nach dem Recht auf Teilzeitarbeit für Beschäftigte endlich einen gesetzlichen Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeit. In Betrieben mit mehr als 45 Mitarbeitern können Arbeitnehmer, die mindestens sechs Monate im Unternehmen sind, künftig eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit verlangen. Die Dauer der gewünschten Teilzeit beschränkt sich auf einen Zeitraum zwischen einem Jahr sowie fünf Jahren und muss mindestens drei Monate vorher ohne Angabe von Gründen schriftlich beantragt werden. Mit diesem Gesetz helfen wir vor al-

lem Frauen, aus der „Teilzeitfalle“ rauszukommen, und sorgen dafür, dass sich die Arbeitszeit verschiedenen Lebensphasen wie Kindererziehung oder Pflege anpasst. Damit leisten wir einen aktiven Beitrag zur Gleichstellung von Männern und Frauen und helfen, Altersarmut zu vermeiden.

### Kitas: Mehr Qualität, weniger Gebühren

Auf der Tagesordnung des Bundestages stand im Oktober in erster Lesung auch das Gute-KiTa-Gesetz von SPD-Bundesfamilienministerin Franziska Giffey. Es sieht vor, die Qualität der Kindertagesbetreuung in Deutschland zu verbessern und die Gebührenfreiheit insbesondere auf Familien mit geringem Einkommen auszuweiten. Dafür will der Bund den Ländern bis zum Jahr 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Auf vertraglicher Grundlage sollen die Länder die finanziellen Mittel bedarfsgerecht und flexibel einsetzen können, zum Beispiel für einen guten Betreuungsschlüssel, qualifizierte Fachkräfte, sprachliche Bildung oder kindgerechte Räume. Für die Kitagebühren schreibt der Gesetzentwurf auch eine bundesweite soziale Staffelung vor, etwa nach Einkommen, Betreuungszeit und Kinderzahl in einer Familie. Für Familien mit geringem Einkommen wollen wir die Gebühren ganz abschaffen. Denn die finanzielle Situation der Eltern darf die Kinder nicht benachteiligen. Weil schon in Kitas die Weichen für Bildungschancen gestellt werden, ist eine soziale Staffelung der Kitagebühren bis hin zur Gebührenbefreiung für Familien mit geringem Einkommen ein notwendiger Schritt für ein solidarisches Land.

## Weitere Themen im Bundestag

Außerdem hat sich der Bundestag in diesem Monat mit dem **Qualifizierungschancengesetz** beschäftigt. Unser Ziel ist es, den Beschäftigten einen umfassenden Zugang zur Weiterbildungsförderung zu eröffnen. Das ist gerade in Zeiten des digitalen Strukturwandels in der Arbeitswelt nötig. Mit Weiterbildungen, deren Kosten der Bund bis zu 100 Prozent übernehmen soll, können die Arbeitnehmer

so am Ball bleiben – unabhängig von Alter und Qualifikation. Außerdem wollen wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf dann 2,5 Prozent des Bruttolohns absenken. Auch das **Familienentlastungsgesetz** haben wir beraten. Damit wird das Kindergeld ab Juli 2019 um zehn Euro pro Monat erhöht. Entsprechend werden der Kinderfreibetrag und der Grundfreibetrag erhöht. Das bedeutet,

dass eine Familie mit 60.000 Euro Jahreseinkommen ab 2020 über 20 Prozent (530 Euro) weniger Steuern zahlt. Außerdem werden wir die „kalte Progression“ durch Anpassung des Steuertarifs ausgleichen. Denn gerade Familien sind darauf angewiesen, dass Lohnsteigerungen nicht durch die Inflation und höhere Steuern aufgeessen werden. Insgesamt sieht das Gesetz Entlastungen in einer Höhe von rund zehn Milliarden Euro vor. Und mit

dem **Teilhabechancengesetz** werden wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit Unterstützungsangeboten für rund 800.000 Langzeitarbeitslose schaffen. Dafür stellen wir in den kommenden Jahren zusätzlich vier Milliarden Euro zur Verfügung. Für uns ist klar, dass alle Menschen die Chance bekommen müssen, durch ihre Arbeit für sich selbst sorgen zu können. Das schafft mehr Teilhabe und eröffnet neue Perspektiven.

## Halbzeitbilanz der Kenia-Koalition

**Die SPD Sachsen-Anhalt hat in dieser Woche eine Bilanz der ersten Halbzeit der „Kenia“-Koalition aus CDU, SPD und Grünen gezogen und ihre wichtigsten Vorhaben für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vorgestellt.**

Viele haben mir im April 2016, als wir den Koalitionsvertrag unterzeichnet haben, gesagt: „Das hält kein Jahr.“ Inzwischen sind es schon zweieinhalb Jahre. Und wenn es in der Koalition gelegentlich knirscht, dann überdeckt das manchmal unsere konsequente Sacharbeit. Und dazu tragen die SPD sowie die von uns geführten Ministerien ein gehöriges Stück bei.

### Weniger Kita-Gebühren

Besonders hervorzuheben ist das neue Kinderförderungsgesetz von Ministerin Petra Grimm-Benne, das gegenwärtig im Landtag beraten und spürbare Entlastungen bringen wird. Denn ab Januar 2019 brauchen Eltern nur noch für das älteste in Krippe oder Kindergarten betreute Kind Beiträge zahlen. Für jüngere Geschwisterkinder trägt dann das Land die Kosten. Fast schon geräuschlos ist das Programm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsmarkt“ angelaufen, das 2.000 Menschen, die vorher nicht von staatlicher Arbeitsförderung profitieren konnten, eine Beschäftigung bietet. Das sind sozialdemokratische Erfolge zum Anfassen.

### Stärkere Unternehmensförderung

Und dass wir Sozis auch Wirtschaft können, hat unser Minister Armin Willingmann deutlich gemacht. Nach der völlig ermatteten Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der vergangenen Wahlperiode weht jetzt frischer Wind durch diesen Politikbereich. Das Rückgrat unserer Wirtschaft sind die vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Darauf liegt Armin Willingmanns Fokus bei der Investitionsförderung. Er hat Richtlinien verbessert, Hürden abgebaut und Fördersätze erhöht.

Außerdem hat er für eine kräftige Anhebung der Grundfinanzierung unserer Hochschulen gesorgt. Wir gehen jetzt entschlossen in die zweite Hälfte der Wahlperiode und setzen voll auf echte Verbesserungen für die Menschen in Sachsen-Anhalt. Die SPD in Bund und Land arbeitet dabei eng zusammen, denn unsere Zukunft gestalten geht nur gemeinsam. Beispiel Mindestausbildungsvergütung für Azubis: Diese haben wir als SPD in den Koalitionsverhandlungen im Bund durchgesetzt und machen Druck, dass das Bildungsministerium bis Jahresende einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg bringt. Denn gerade für die ostdeutschen Länder ist das ein ganz wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung.

### Schulgeldfreiheit und Azubi-Ticket

Nach der von SPD-Sozialministerin Petra Grimm-Benne durchgesetzten Abschaffung des Schulgelds für Pflegeberufe in Sachsen-Anhalt zum Schuljahr laufenden 2018/2019 ist nun die völlige Schulgeldfreiheit für alle Berufe im Gesundheits- und Sozialbereich unser Ziel. Das steigert die Attraktivität der Ausbildungen und hilft, die nötigen Fachkräfte zu finden. Für die kommenden zweieinhalb Jahre hat auch die SPD-Landtagsfraktion um ihre Vorsitzende Katja Pähle viel vor. Dazu zählt die Einführung eines Azubi-Tickets, das von Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften gleichermaßen gefordert wird. Es soll junge Leute während der Ausbildung finanziell entlasten und mithelfen, berufliche Bildung attraktiver zu machen.

### Straßenausbaubeiträge abschaffen

Auch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge steht ganz oben auf der Agenda. Wir meinen: Wenn kommunaler Straßenbau



andernorts ohne Anliegerbeiträge funktioniert, dann ist das auch bei uns möglich. Zu unseren weiteren Vorhaben gehören die stärkere Förderung des Breitbandausbaus im Gigabit-Bereich, unser Einsatz für einen tragfähigen Strukturwandel in der Braunkohleregion im Süden

Sachsen-Anhalts, mehr finanzielle Spielräume für Kommunen, weiterer Bürokratieabbau, ein vergabespezifischer Landesmindestlohn und eine stärkere Förderung von Unternehmensgründungen durch das neue Hochschulgesetz. Wir haben schon viel erreicht – und noch viel vor.

### Ausgewählte Termine

- 1.11.2018 14.00:** Öffentliche Sitzung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg, Altes Rathaus, Alter Markt 6, 39104 Magdeburg
- 3.11.2018 10.00 Uhr:** Parteitag des SPD-Stadtverbandes Dessau-Roßlau, Radisson Blu Hotel „Fürst Leopold“ Friedensplatz 1, 06844 Dessau-Roßlau
- 13.11.2018 18.00 Uhr:** Talkrunde „Lischka trifft“ mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Kevin Kühnert, Familienhaus Magdeburg, Hohepfortestraße 14, 39106 Magdeburg (bereits ausgebucht)
- 14.11.14.00 Uhr:** Jahresversammlung der IG-BAU-Senioren, DGB-Gewerkschaftshaus, Otto-von-Guericke-Straße 6, 39104 Magdeburg
- 14.11.2018 19.00 Uhr:** Sitzung des SPD-Ortsvereins Magdeburg-Stadtfeld, Gaststätte Post-Sportverein, Spielhagenstraße 31, 39110 Magdeburg
- 15.11.2018 17.00 Uhr:** Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten der Landeshauptstadt Magdeburg, Altes Rathaus, Alter Markt 6, 39104 Magdeburg
- 24.11.2018 10.00 Uhr:** Parteitag des SPD-Stadtverbandes Halle, Akazienhof, Beesenerstraße 15, 06110 Halle (Saale)